

Der Milliarden-Deal

Quelle: www.t-online.de, erschienen am 29. September 2009

Neun Jahre hat der Atomkonsens-Vertrag von Rot-Grün mit den Energieversorgern gehalten. Nun sind seine Tage gezählt. Union und FDP sind sich einig, die im Jahr 2000 ausgehandelte Befristung der Atom-Laufzeiten zu ändern. Zentrale Details sind allerdings offen, zum Beispiel welche der 17 deutschen Reaktoren länger laufen sollen und um wie viel. Nur eines ist klar: Umsonst sollen die Betreiber die Abkehr vom Atomausstieg nicht bekommen.

Politik kündigt harte AKW-Verhandlungen an

Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner (CDU), die als künftige Bundesministerin gehandelt wird, machte dies am Dienstag deutlich. "Wir werden mit den Konzernen noch so manche schwierige Frage zu klären haben", sagte sie der "Financial Times Deutschland". Oberstes Kriterium sei die Sicherheit der Anlagen. Und dann soll es vor allem um die Milliardengewinne gehen, die die Energieversorger bei längeren Laufzeiten zu erwarten haben.

200 Milliarden in 25 Jahren

Zur Debatte stehen gewaltige Summen. Nach einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg könnten sich die Zusatzgewinne bei einer Verlängerung der Laufzeit um 25 Jahre auf 200 Milliarden Euro summieren - eingerechnet die Steigerung des Börsenwerts der Energieversorger. Eine Verlängerung um zehn Jahre brächte diesen Berechnungen zufolge bis zu 38 Milliarden Euro. RWE-Chef Jürgen Großmann selbst hat die "zusätzliche volkswirtschaftliche Wertschöpfung" bei 25 zusätzlichen Jahren und damit insgesamt fast 60 Jahren Laufzeit sogar auf 250 Milliarden Euro beziffert. Auch die Faustregel, dass ein abgeschriebenes Atomkraftwerk rund eine Million Euro Gewinn pro Tag bringt, wird von den Versorgern nicht bestritten.

Die Regierung bittet zur Kasse

Union und FDP haben übereinstimmend angekündigt, dass sie einen Teil dieses Geldes abschöpfen wollen. "Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden", heißt es im "Regierungsprogramm 2009-2013" der CDU.

Gewinne in die "Deutsche Stiftung Energieforschung"

Die Liberalen formulierten es in einem Positionspapier 2008 so: "Kernkraftwerksbetreiber sollten einen Teil der finanziellen Vorteile, die ihnen die Laufzeitverlängerung bringt, an eine zu gründende 'Deutsche Stiftung Energieforschung' abführen." Darüber hinaus stellt sich die FDP eine Selbstverpflichtung der Atomwirtschaft vor, "unabhängigen Händlern und Großabnehmern den Bezug einer bestimmten Menge Atomstrom zu Erzeugerpreisen zu ermöglichen."

Versorger wollen "etwas abgeben"

Die Energieversorger, die die damalige CDU-Kandidatin Angela Merkel im Wahlkampf 2005 noch brüsk abbügelten, signalisieren inzwischen Kompromissbereitschaft. Großmann sagte am Dienstag in der ARD: "Wir haben von vornherein gesagt, wenn dadurch Mehrwert generiert wird, wird der auch geteilt." Die Branche wolle "etwas abgeben". Offen ließ er, wie die Aufteilung sein soll und inwieweit der Staat Verfügungsgewalt über das Geld bekommen soll. Das wolle er doch lieber mit Kanzlerin Merkel aushandeln, sagte der RWE-Vorstandsvorsitzende. EnBW-Chef Hans-Peter Villis hat nach eigenen Worten ebenfalls grundsätzlich nichts gegen eine Abschöpfung eines Teils des Gewinns. Doch schränkte er ein: "Wir brauchen eine Definition, was Mehrgewinn bedeutet." Die deutschen Energieversorger bräuchten verlässliche Rahmenbedingungen.